

# **Satzung über die Erschließungsbeiträge**

## **(Erschließungsbeitragsatzung – EBS)**

Aufgrund des § 132 des Baugesetzbuches (BauGB) in Verbindung mit Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) erlässt die Gemeinde Krombach folgende Satzung:

### **§ 1**

#### **Erhebung des Erschließungsbeitrages**

Zur Deckung ihres anderweitig nicht gedeckten Aufwandes für Erschließungsanlagen erhebt die Gemeinde Erschließungsbeiträge nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (§§ 127 ff.) sowie nach Maßgabe dieser Satzung.

### **§ 2**

#### **Art und Umfang der Erschließungsanlagen**

(1) Beitragsfähig ist der Erschließungsaufwand

I. für die zum Anbau bestimmten öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in für die zum Anbau bestimmten öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in

bis zu einer Straßenbreite  
(Fahrbahn, Radwege und Gehwege)  
von

- |    |   |        |
|----|---|--------|
| 1. | Wochenendhausgebieten<br>mit einer Geschossflächenzahl bis 0,2  | 7,0 m  |
| 2. | Kleinsiedlungsgebieten<br>mit einer Geschossflächenzahl bis 0,3   | 10,0 m |
| 3. | Kleinsiedlungsgebieten, soweit sie nicht unter<br>Nr. 2 fallen, Dorfgebieten, reinen Wohngebieten,<br>allgemeinen Wohngebieten, Mischgebieten |        |
|    | a) mit einer Geschossflächenzahl bis 0,7  | 14,0 m |
|    | bei einseitiger Bebaubarkeit  | 10,5 m |
|    | b) mit einer Geschossflächenzahl über 0,7 - 1,0   | 18,0 m |
|    | bei einseitiger Bebaubarkeit  | 12,5 m |
|    | c) mit einer Geschossflächenzahl über 1,0 – 1,6   | 20,0 m |
|    | d) mit einer Geschossflächenzahl über 1,6   | 23,0 m |
| 4. | Kerngebieten, Gewerbegebieten und Sondergebieten  |        |
|    | a) mit einer Geschossflächenzahl bis 1,0  | 20,0 m |
|    | b) mit einer Geschossflächenzahl über 1,0 – 1,6   | 23,0 m |
|    | c) mit einer Geschossflächenzahl über 1,6 bis 2,0   | 25,0 m |
|    | d) mit einer Geschossflächenzahl über 2,0   | 27,0 m |
| 5. | Industriegebieten   |        |
|    | a) mit einer Baumassezahl bis 3,0   | 23,0 m |
|    | b) mit einer Baumassenzahl über 3,0 bis 6,0   | 25,0 m |
|    | c) mit einer Baumassenzahl über 6,0   | 27,0 m |

- II. für die nicht zum Anbau bestimmten Sammelstraßen  
(§ 127 Abs. 2 Nr. 2 BauGB) 27,0 m
- III. für Parkflächen
- a) Die Bestandteile der Verkehrsanlagen im Sinne von  
Nr. 1 und II sind, bis zu 5,0 m  
soweit keine Standspuren vorgesehen sind;
- b) Soweit sie nicht Bestandteil der in Nr. I und II  
genannten Verkehrsanlagen sind, aber nach städte-  
baulichen Grundsätze innerhalb der Baugebiete  
zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu  
der Flächen der durch sie erschlossenen  
Grundstücke 15 v. H.
- IV. für Grundlagen
- a) die Bestandteile der Verkehrsanlagen im Sinne von  
Nr. I und II sind, bis zu einer weiteren Breite von 4,0 m
- b) soweit sie nicht Bestandteil der in Nr. I und II  
genannten Verkehrsanlagen sind, aber nach  
städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Bau-  
gebiete zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v. h.  
der Flächen der durch sie erschlossenen Grundstücke
- V. für Kinderspielplätze innerhalb der Baugebiete bis zu  
der durch sie erschlossenen Grundstücke 10 v. H.
- VI. für Anlagen zum Schutz von Baugebieten gegen schädliche  
Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutz-  
gesetzes. Art, Umfang und Herstellungsmerkmale dieser  
Anlagen werden durch ergänzende Satzung im Einzelfall geregelt.
- (2) Zu dem Erschließungsaufwand nach Abs. 1 Nr. I und VI gehören insbesondere die Kosten für
- a) den Erwerb der Grundflächen  
b) die Freilegung der Grundflächen,  
c) die erstmalige Herstellung des Straßenkörpers einschließlich des  
Unterbaues, der Befestigung der Oberfläche sowie notwendiger Erhöhungen oder  
Vertiefungen  
d) die Herstellung von Rinnen sowie der Randsteine;  
e) die Radwege,  
f) die Bürgersteige,  
g) die Beleuchtungseinrichtungen,  
h) die Entwässerungseinrichtungen der Erschließungsanlagen,  
i) den Anschluss an andere Erschließungsanlagen,  
j) die Übernahme von Anlagen als gemeindliche Erschließungsanlagen,  
k) die Herstellung von Böschungen, Schutz- und Stützmauern
- (3) Der Erschließungsaufwand umfasst auch den Wert der von der Gemeinde aus ihrem Vermögen  
bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung
- (4) Der Erschließungsaufwand im Rahmen des Abs. 1 umfasst auch die Kosten, die für die Teile der  
Fahrbahn einer Ortsdurchfahrt einer Bundes-, Staats- oder Kreisstraße entstehen, die über die  
Breiten der anschließenden freien Strecken hinausragen.
- (5) Soweit Erschließungsanlagen im Sinne des Abs. 1 als Sackgassen enden, ist für die Fahrbahn  
des erforderlichen Wendehammers eine Gesamtbreite bis zur doppelten zulässigen  
Fahrbahnbreite beitragsfähig.

### **§ 3**

#### **Art der Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes**

- (1) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand (§ 2) wird nach den tatsächlichen Kosten ermittelt.
- (2) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand wird für die einzelne Erschließungsanlage ermittelt. Die Gemeinde kann abweichend von Satz 1 den beitragsfähigen Erschließungsaufwand entweder für bestimmte Abschnitte einer Erschließungsanlage oder für mehrere Anlagen, die für die Erschließung der Grundstücke eine Einheit bilden, ermitteln.
- (3) Die Aufwendungen für Sammelstraßen (§ 2 Abs. 1 Nr. III b), für Grünanlagen (§ 2 Abs. 1 Nr. IV b), für Kinderspielplätze (§ 2 Abs. 1 Nr. V) und für Immissionsschutzanlagen (§ 2 Abs. Nr. VI) werden den zum Anbau bestimmten Straßen, Wegen und Plätzen, zu denen sie von der Erschließung her gehören, zu gerechnet.

Das Verfahren nach Satz 1 findet keine Anwendung, wenn das Abrechnungsgebiet (§ 4 Abs. 2) der Parkflächen, Grünanlagen, Kinderspielplätze oder Immissionsschutzanlagen von dem Abrechnungsgebiet der Straßen, Wege und Plätze abweicht, in diesem Fall werden die Parkflächen, Grünanlagen Kinderspielplätze und Immissionsschutzanlagen selbständig als Erschließungsanlagen abgerechnet.

### **§ 4**

#### **Verteilung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes**

- (1) Die Gemeinde trägt 10 v. H. des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes.
- (2) Die von einer Erschließungsanlage erschlossenen Grundstücke bilden das Abrechnungsgebiet. Wird ein Abschnitt einer Erschließungsanlage oder eine Erschließungseinheit gebildet, sind die von dem Abschnitt der Erschließungsanlage bzw. der Erschließungseinheit erschlossenen Grundstücke das Abrechnungsgebiet.

### **§ 5**

#### **Verteilung des beitragspflichtigen Erschließungsaufwandes**

- (1) Bei zulässiger gleicher Nutzung der Grundstücke wird der nach § 3 ermittelte Erschließungsaufwand nach Abzug des Anteils der Gemeinde (§ 4 Abs. 1) auf die Grundstücke des Abrechnungsgebietes (§ 4 Abs. 2) nach den Grundstücksflächen verteilt.
- (2) Ist in einem Abrechnungsgebiet (§ 4 Abs. 2) eine unterschiedliche bauliche oder sonstige Nutzung zulässig, wird der nach § 3 ermittelte Erschließungsaufwand nach Abzug des Anteils der Gemeinde (§ 4 Abs. 1) auf die Grundstücke des Abrechnungsgebietes (§ 4 Abs. 2) verteilt, wobei die Grundstücksflächen der einzelnen Grundstücke mit einem Nutzungsfaktor vervielfacht werden, der im einzelnen beträgt:
  1. bei eingeschossiger Bebaubarkeit und gewerblich oder Sonstig nutzbaren Grundstücken, auf denen keine oder nur eine untergeordnete Bebauung zulässig ist, 1,0
  2. bei mehrgeschossiger Bebaubarkeit zuzüglich je Vollgeschoss 0,3
- (3) Als Grundstücksfläche gilt:
  1. bei Grundstücken im Bereiche eines Bebauungsplanes die Fläche, die der Ermittlung der zulässigen Nutzung zugrunde zu legen ist.
  2. wenn ein Bebauungsplan nicht besteht, oder die erforderlichen Festsetzungen nicht enthält, die tatsächliche Grundstücksfläche bis zu einer Tiefe von 50 m, gemessen von der, der Erschließungsanlage zugewandten Grenze des beitragspflichtigen Grundstücks. Reicht die bauliche oder gewerbliche Nutzung über diese Begrenzung hinaus, so ist die Grundstückstiefe maßgebend, die durch die hintere Grenze der Nutzung bestimmt wird. Grundstücksteile, die lediglich die wegemäßige Verbindung zu Erschließungsanlage herstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt.

- (4) Grundstücke, die ohne bauliche Nutzungsmöglichkeit oder die mit einer untergeordneten baulichen Nutzungsmöglichkeit gewerblich oder sonstig genutzt werden, oder genutzt werden dürfen, werden mit 0,5 der Grundstücksfläche in die Verteilung einbezogen.
- (5) Als zulässige Zahl der Geschosse gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Weist der Bebauungsplan nur eine Baumassenzahl aus, so gilt als Geschossezahl die Baumassenzahl geteilt durch 3,5. Bruchzahlen werden auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet.
- (6) Ist im Einzelfalle eine größere Geschossezahl zu gelassen oder vorhanden, so ist diese zugrunde zu legen.
- (7) Grundstücke, auf denen nur Garagen oder Stellplätze zulässig sind, gelten als eingeschossig bebaubare Grundstücke. Bei mehrgeschossigen Parkbauten bestimmt sich der Nutzungsfaktor nach der Zahl ihrer Geschosse.
- (8) In unbeplanten Gebieten und Gebieten, für die ein Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Baumassenzahl festgesetzt, ist
  1. bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse maßgebend.
  2. bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse maßgebend.
- (9) Ist eine Geschossezahl wegen der Besonderheiten des Bauwerks nicht feststellbar, werden je angefangene 3,5 m Höhe des Bauwerks als Vollgeschoss gerechnet,
- (10) Werden in einem Abrechnungsgebiet (§4 Abs. 2) außer überwiegend gewerblich genutzten Grundstücken oder Grundstücken, die nach den Festsetzungen eines Bebauungsplanes in einem Kern-, Gewerbe- oder Industriegebiet liegen, auch andere Grundstücke erschlossen, so sind für die Grundstücke in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten sowie für die Grundstücke, die überwiegend gewerblich genutzt werden, die in Absatz 2 genannten Nutzungsfaktoren je um die Hälfte zu erhöhen.
- (11) Für Grundstücke, die von mehr als einer Erschließungsanlage im Sinne des § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB erschlossen werden, ist die Grundstücksfläche nach den Absätzen 3, 6 und 7 bei Abrechnung jeder Erschließungsanlage nur mit zwei Dritteln anzusetzen.

Dies gilt nicht,

  1. wenn ein Erschließungsbeitrag nur für eine Erschließungsanlage erhoben wird und Beiträge für weitere Anlagen zu deren erstmaligen Herstellung weder nach dem geltenden Recht noch nach vergleichbaren früheren Rechtsvorschriften erhoben worden sind oder erhoben werden,
  2. für Grundstücke in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten, sowie für Grundstücke, die überwiegend gewerblich genutzt werden.
- (12) Für Grundstücke, die zwischen zwei Erschließungsanlagen liegen, gilt Absatz II entsprechend, wenn der geringste Abstand zwischen den Erschließungsanlagen nicht mehr als 50 m beträgt.

## **§ 6 Kostenspaltung**

Der Erschließungsbeitrag kann für

1. den Grunderwerb,
2. die Freilegung,
3. die Fahrbahn,
4. die Radwege,
5. die Bürgersteige
6. die Sammelstraßen
7. die Parkflächen,
8. die Grünanlagen
9. die Beleuchtungsanlagen
10. die Entwässerungsanlagen

gesondert erhoben und in beliebiger Reihenfolge umgelegt werden, sobald die Maßnahme, deren Aufwand durch Teilbeträge gedeckt werden soll, abgeschlossen worden ist. Diesen Zeitpunkt stellt die Gemeinde fest.

## **§ 7 Merkmale der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen**

- (1) Die zum Anbau bestimmten Straßen, Wege und Plätze sowie Sammelstraßen und Parkflächen sind endgültig hergestellt, wenn sie die nachstehenden Merkmale aufweisen.
  1. eine Pflasterung, eine Asphalt-, Teer-, Beton- oder ähnliche Decke neuzeitlicher Bauweise mit dem technisch notwendigen Unterbau,
  2. Straßenentwässerung und Beleuchtung
  3. Anschluss an eine dem öffentlichen Verkehr gewidmete Straße.
- (2) Bürgersteige und Radwege sind endgültig hergestellt, wenn sie eine Abgrenzung gegen die Fahrbahn und gegeneinander sowie eine Befestigung mit Platten, Pflaster, Asphaltierung oder eine ähnliche Decke neuzeitlicher Bauweise mit dem technischen notwendigen Unterbau aufweisen.
- (3) Grünanlagen sind endgültig hergestellt, wenn ihre Flächen gärtnerisch gestaltet sind.
- (4) Kinderspielplätze sind endgültig hergestellt, wenn ihre Flächen ihrer Zweckbestimmung entsprechend gestattet und mit stationären oder beweglichen Spielgeräten ausgestattet sind.
- (5) Zu den Merkmalen der endgültigen Herstellung der in den Absätzen 1 mit 4 genannten Erschließungsanlagen gehören alle Maßnahmen, die durchgeführt werden, damit die Gemeinde das Eigentum oder eine Dienstbarkeit an den für die Erschließungsanlage erforderlichen Grundstücken erlangt.

## **§ 8 Vorausleistungen**

Im Falle des § 133 Abs. 3 BauGB werden Vorausleistungen in Höhe des voraussichtlichen Erschließungsbeitrages erhoben.

## **§ 9 Inkrafttreten**

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.  
Gleichzeitig tritt die Erschließungsbeitragssatzung vom 18.10.1979 außer Kraft.

Krombach, den 23.02.1998

Hellmuth Nees  
Bürgermeister